

Mehr Soll als Haben

Zur Analyse sozialpolitischer Versprechen und Leistungsansprüche der SPD

10 Jahre Sozialpolitik der SPD bilden einen überschaubaren Zeitraum für eine Bilanz. Dafür wird es jetzt Zeit.

Die SPD betrat 1969 gesicherten sozialen Boden. Volle Kassen und ein Netz der sozialen Sicherheit waren gute Voraussetzungen für eine solide Sozialpolitik.

Im Unterschied zur christlich-demokratischen Sozialpolitik klafft seit 1969 eine sozialpolitische Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Nur wenig ist seit 1969 besser geworden, vieles hat sich verschlechtert.

Der Sozialstaat ist teurer, aber nicht effizienter geworden. Das Dickicht der Bürokratie wächst. Das Sozialleistungssystem wird undurchschaubar, und damit wächst die soziale Unsicherheit.

Das Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, Norbert Blüm, MdB, hat in Bonn die folgende Analyse der SPD-Sozialpolitik seit 1969 mit dem Titel „Sozialpolitische Versprechen und Leistungsansprüche der SPD“ vorgelegt.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sozialpolitik waren 1969 günstig: Die Union hatte der SPD geordnete Staatsfinanzen, volle Kassen und ein intaktes Netz sozialer Sicherung hinterlassen:

- Mit der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente hat die Union eine Sozialreform geschaffen, die auch international als vorbildlich angesehen wird.
- Mit dem Lastenausgleich hat die Union wesentlich dazu beigetragen, mehr soziale Gerechtigkeit im Nachkriegsdeutschland zu verwirklichen.
- Mit Reformen wie dem Mutterschutzgesetz, dem Kündigungsschutzgesetz, dem Lohnfortzahlungsgesetz oder dem Bundessozialhilfegesetz wurden unter der Regierungsverantwortung der Union heute selbstverständlich gewordene soziale Fortschritte erzielt.

- Mit dem Arbeitsförderungsgesetz hat die Union ein wirksames Instrument aktiver Arbeitsmarktpolitik geschaffen.
- Mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1951, dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und dem Personalvertretungsgesetz von 1955 wurde der soziale Friede gefestigt, damit zugleich ein wichtiger Grundstein für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg der Bundesrepublik Deutschland gelegt.

Die SPD muß ihre Sozialpolitik an diesen Leistungen messen lassen. Der Vergleich zeigt:

Keine der sozialpolitischen Maßnahmen des letzten Jahrzehnts hat eine ähnliche Bedeutung oder einen ähnlichen Stellenwert erlangt wie die großen sozialpolitischen Reformen der Union. Gemessen an den grundlegenden sozialen Fortschritten, die unter der Regierungsverantwortung der Union erzielt werden konnten, klafft zwischen dem sozialpolitischen Anspruch und der Politik der SPD eine große Lücke. Nur wenig ist seit 1969 besser geworden; vieles aber hat sich verschlechtert:

- Das Netz der sozialen Sicherung ist zum Zerreißen gespannt. So mußte die Bundesregierung mit ihrem sogenannten „Sozialpaket“ 1977 versuchen, ein von Experten hochgerechnetes, gigantisches Defizit von 82 Milliarden DM in der Rentenversicherung zu schließen. Bereits wenige Monate später wurde von der Bundesregierung ein weiteres „Sanierungsprogramm“ von 7,4 Milliarden DM nachgeschoben. Im Jahr 1978 schließlich sah sich die Bundesregierung veranlaßt, durch erneute, tiefgreifende Eingriffe ins Rentenrecht ein bis 1982 errechnetes Defizit von 32 Milliarden DM abzudecken.
- Die jahrelange Millionenarbeitslosigkeit hat Staat und Sozialleistungsträger mit jährlich rund 20 Milliarden DM belastet; durchschnittlich kostete jeder registrierte Arbeitslose der öffentlichen Hand ca. 20 000 DM. Nach neueren Berechnungen betrug allein im letzten Jahr der Verlust am Bruttoinlandsprodukt durch die Arbeitslosigkeit 75 Milliarden DM. Auch in diesem Jahr werden voraussichtlich im Jahresschnitt fast 900 000 Menschen arbeitslos gemeldet sein. Sozialpolitisch besonders bedenklich ist der sich stetig verfestigende Sockel von Problemgruppen am Arbeitsmarkt; die Arbeitslosigkeit von Frauen liegt erheblich über der der Männer; die Chancen älterer Arbeitnehmer und Behindter, einen Arbeitsplatz zu finden, sinken ständig.
- 1969 mußten 1,5 Millionen Menschen der Bundesrepublik Deutschland Sozialhilfe in Anspruch nehmen; 1977 waren es bereits 2,16 Millionen Bürger. Erschreckend insbesondere: die Zahl der Ehepaare und Elternteile mit Kindern, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen müssen, nimmt ständig zu.

● Der soziale Friede ist seit 1969 brüchiger geworden. Gingen zwischen 1960 und 1969 im Jahresschnitt noch 16,20 Arbeitstage je tausend beschäftigte Arbeiter und Angestellte verloren, so waren es im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1978 bereits 62,5 Arbeitstage. Die bisher schwersten Arbeitskämpfe fallen in die Amtszeit des jetzigen Bundeskanzlers: 1978 gingen 221,8 Arbeitstage je tausend beschäftigte Arbeiter und Angestellte verloren.

● Die Kosten im Gesundheitswesen explodieren. Allein von 1971 bis 1975 betragen die Wachstumsraten in den Ausgaben der Krankenversicherungen im Jahresschnitt 19,5 %. Sie stiegen damit fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und -gehälter. Es bedurfte eines langen Drängens, die Bundesregierung zu Kostendämpfungsaktivitäten zu bewegen, obwohl sie von uns frühzeitig in einem umfassenden Krankenversicherungsbudget auf die besorgnisrerende Finanzentwicklung hingewiesen worden war. Nach einer Phase gemäßigter Ausgabenentwicklung beginnen die Ausgaben erneut kräftig zu steigen; sie haben inzwischen wieder eine Steigerungsrate von 7,5 % erreicht.

● In dem wissenschaftlichen Gutachten zum 3. Familienbericht der Bundesregierung weisen Sachverständige erhebliche Defizite in der Familienpolitik nach. Die Gutachter stellen fest: „Es ist bedauerlich . . ., daß die Politik die Interessen der Familien so gering achtet.“ Und: „Kinder zu haben bedeutet . . . einen nicht unerheblichen Verzicht der Familie auf materiellen Wohlstand. Besonders betroffen sind die Arbeiterfamilien, da sich bei ihnen mit zunehmender Kinderzahl ihr Einkommensniveau dem Existenzminimum annähert.“

Auch wenn man berücksichtigt, daß das Kindergeld nicht den gesamten Aufwand einer Familie für das Kind decken soll, sind die Unterschiede zwischen Kindergeld und tatsächlichem Bedarf unangemessen groß:*

Nach dem wissenschaftlichen Gutachten zum 3. Familienbericht der Bundesregierung betragen die durchschnittlichen Aufwendungen für ein Kind 437,— DM/Monat. Der Unterschied beträgt somit bei zwei Kindern 724,— DM, bei drei Kindern 961,— DM, bei vier Kindern 1 189,— DM.

Kinder zu haben und zu erziehen ist unter der politischen Verantwortung der SPD insbesondere für einkommensschwächere Familien zu einem materiell kaum noch verkraftbaren Risiko geworden.

* Auch bei einem Vergleich mit den Regelsätzen des Bundessozialhilfegesetzes bleiben erhebliche Differenzen:

Zum Regelsatz nach dem Bundessozialhilfegesetz beträgt die Differenz bei zwei Kindern 266,— DM, bei drei Kindern 384,— DM, bei vier Kindern 402,— DM.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in den vergangenen 10 Jahren zum Land mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt geworden. Eine wesentliche Ursache dafür ist die mangelnde ideelle wie materielle Förderung der Familie durch die Politik von SPD/FDP. Der Geburtenrückgang hat tiefgreifende negative Folgen für die Zukunft von Wirtschaft, Gesellschaft und unser System der sozialen Sicherung. Die Rentenversicherung z. B. beruht auf dem Generationenvertrag. Die jeweils arbeitende Generation sorgt durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation und durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft. Ist eine dieser Leistungen gefährdet, besteht die Gefahr, daß aus dem Generationenvertrag ein Generationenkonflikt wird.

Diese Beispiele verdeutlichen: Der Sozialstaat ist unter der politischen Verantwortung der SPD teurer und ineffizienter geworden. Neben den ungelösten sozialen Problemen sind neue, drängende soziale Fragen entstanden, die in der Sozialpolitik der letzten Jahre weitgehend unberücksichtigt geblieben sind.

Die sozialpolitischen Versprechungen und Leistungsansprüche der SPD müssen an Maßstäben gemessen werden, die sie selbst gesetzt hat: An Aussagen ihrer Wahlprogramme. Gemessen daran hat die SPD ihre Ziele nicht erreicht. Im Gegenteil: in weiten Bereichen ist ihre Politik eine Politik der großen Worte, der Wählertäuschung, der Rücknahme sozialer Versprechungen sowie der Übernahme sozialpolitischer Initiativen der Union.

Die Sozialpolitik der SPD ist eine Politik der großen Worte, hinter deren Fassaden häufig nichts steckt

1. So hat die SPD versprochen: „Wir wollen, innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen, jedem jungen Ehepaar einen zinsbegünstigten Kredit von 5 000,— DM als Starthilfe geben, um seine materiellen Anfangssorgen zu verringern.“

Tatsache ist: Bis auf Berlin gewähren bisher ausschließlich von der CDU- bzw. CSU-geführte Bundesländer (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern) jungen Ehepaaren zinsbegünstigte Kredite (Familiendarlehen, Familiengründungsdarlehen).

2. Die SPD hat versprochen: „Wir werden die dynamische Rente durch langfristige Finanzgrundlagen, durch ausreichende Bundeszuschüsse und durch zumutbare Beiträge endgültig sichern.“

Tatsache ist: Unter der Regierungsverantwortung der SPD ist der Anteil der Bundeszuschüsse an den Rentenausgaben nahezu kontinuierlich zurückgegangen;

betrug er 1965 noch 21,2 %, so ist er von 14,8 % im Jahr 1970 auf 12,5 % im Jahr 1977 gesunken.

3. Die SPD hat versprochen: „*Wir wollen . . . dafür sorgen, daß die Arbeitnehmer künftig unmittelbar am Vermögenszuwachs der Wirtschaft beteiligt werden.*“

Tatsache aber ist: Die SPD hat nichts getan, dieses Wahlversprechen einzulösen. Vermögenspolitische Impulse und Aktivitäten sind ausschließlich von der Union ausgegangen.

Die SPD schreckt auch vor Wählertäuschung und vor Wahlbetrug nicht zurück

1. So hat die SPD versprochen: „*Die dynamische Rente bleibt. Darauf können sich die Rentner heute und die jetzt arbeitende Generation auch künftig verlassen.*“ Noch kurz vor der Bundestagswahl 1976 hat der Bundeskanzler dieses Versprechen bekräftigt: „*Zu Änderungen des Rentensystems besteht kein Grund. Die bruttolohnbezogene Rente bleibt.*“

Tatsache ist: Die SPD hat mit dem 21. Rentenpassungsgesetz 1978 die bruttolohnbezogene, dynamische Rente praktisch außer Kraft gesetzt. Sie hat damit ihr bis zur Bundestagswahl 1976 ständig erneuertes Versprechen gebrochen.

2. So hat die SPD für sich als Leistung beansprucht: „*Nur ganz wenige in unserem Volk können sich allein absichern. Immer mehr Gruppen haben das erkannt; in den letzten Jahren zum Beispiel Selbständige, Hausfrauen und Landwirte, denen erst wir Sozialdemokraten die Mitgliedschaft in der Rentenversicherung und in der Krankenversicherung ermöglicht haben.*“

Tatsache ist: 1978 nahm die SPD/FDP mit dem 21. Rentenpassungsgesetz diese Maßnahme durch eine Verschärfung der Bedingungen einer freiwilligen Versicherung nachträglich praktisch zurück, so daß sich die Geschäftsgrundlage, aufgrund derer sich seit 1972 Hunderttausende von Bürgern freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert haben, plötzlich wieder zu Lasten dieser Bürger verändert hat.

Die SPD scheut sich nicht, sozialpolitische Maßnahmen zurückzunehmen, die sie zuvor in ihren Wahlprogrammen als sozialpolitischen Fortschritt gefeiert hat

1. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm 1972 u. a. festgestellt: „*Die gesetzliche Rentenversicherung wies noch erhebliche Mängel auf: Rentner mußten einen zweiprozentigen Beitrag zu ihrer Krankenversicherung zahlen.*“

Tatsache ist: Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wurde mit dem 21. Rentenangepassungsgesetz ab 1982 wieder eingeführt.

2. Die SPD hat versprochen: „*Durch Dynamisierung d. h. durch regelmäßige Anpassungen sollen die Sozialleistungen Schritt halten mit dem wirtschaftlichen Wachstum.*“

Tatsache ist: Dieses Versprechen wurde nicht nur nicht gehalten, sondern — siehe Rentenbetrug — in sein Gegenteil verkehrt.

3. Die SPD hat versprochen, durch „*Ausbau der Sozialleistungen die Sicherheit des einzelnen zu stärken.*“

Tatsache ist: Die SPD hat im Haushaltsgesetz von 1976 wesentliche Förderungsmaßnahmen für viele Arbeitslose gestrichen. So wurden nicht nur die Voraussetzungen für die Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen verschärft, sondern auch das Unterhaltsgeld zum Teil erheblich gekürzt. Diese kurzsichtigen Maßnahmen haben sich angesichts der Krise des Arbeitsmarktes als verhängnisvoll erwiesen — sie haben statt zum Abbau zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die SPD hat vielfach nur auf sozialpolitische Initiative der Union reagiert; sie weist auch das als Ergebnis ihrer eigenen Sozialpolitik aus

1. Die SPD beansprucht als sozialpolitische Leistung, die „*Rentenbemessung nach Mindesteinkommen für benachteiligte Arbeitnehmergruppen*“ verwirklicht zu haben.

Tatsache ist: Die Union hat 1971 den Gesetzentwurf eingebracht, der nach mindestens 25 Pflichtversicherungsjahren eine persönliche Rentenbemessungsgrundlage von mindestens 75 % für die bis Ende 1972 geleisteten Pflichtbeiträge sichert. Dadurch konnten die Auswirkungen früherer Lohndiskriminierungen auf die Rente gemildert und insbesondere Hunderttausenden von Frauen eine angemessene Rente ermöglicht werden.

2. Abgelehnt hat die SPD einen Gesetzentwurf der Union vom 26. Oktober 1977, in dem diese die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte fordert.

Tatsache ist: Die Bundesregierung unterbreitete in ihren sogenannten Beschlüssen „*Zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums*“ einen nahezu identischen Vorschlag.

Die Union ist die freiheitliche, soziale Alternative zur Politik von Kanzler und SPD

Die SPD ist an den eigentlichen sozialpolitischen Herausforderungen des letzten Jahrzehnts gescheitert.

Heute drohen soziale Fehlentwicklungen festgeschrieben und in die Zukunft verlängert zu werden. Die Gefahr wächst, daß die Fehlentwicklungen sich nicht mehr korrigieren lassen. Wer z. B. wie der Bundeskanzler glaubt, vor einer „Katastrophenstimmung“ wegen der anhaltenden negativen Bevölkerungsentwicklung warnen zu müssen und deren langfristige Folgen für unser System der sozialen Sicherung verharmlost, der handelt unverantwortlich. Der dramatische Rückgang der Bevölkerung gefährdet die Existenzgrundlage kommender Generationen.

Noch sind Korrekturen möglich und die großen sozialen Aufgaben unserer Gesellschaft lösbar.

- ① In ihrer Politik und in der Zusammenarbeit mit Verbänden und Kirchen hat die Union den Beweis erbracht, daß der Bürger sich auf die Union verlassen kann:
 - Die Union war auch in den 10 Jahren Regierungsverantwortung von SPD/FDP die treibende Kraft einer sozialeren Politik.
 - Die CDU hat die Gesellschafts- und Sozialpolitik der letzten 10 Jahre aktiv und konstruktiv beeinflußt.
 - Die CDU hat durch ihre alternative Sozialpolitik weitere soziale Fehlentwicklungen verhindert.
- ② Mit der Neuen Sozialen Frage hat die CDU das Konzept einer zukunftsweisenden Sozial- und Gesellschaftspolitik entwickelt. Sie ist soziale Ordnungspolitik. Ihre Handlungsprinzipien sind:
 - Die sozialen Leistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden.
 - Durch eigene Leistung oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz.
 - Die sozialen Leistungen müssen humaner und wirtschaftlicher erbracht und so geordnet werden, daß ihre soziale Wirksamkeit erhöht wird.

— Es ist besser, die Entstehung sozialer Übel zu verhindern, als sie nachträglich zu beseitigen. Deshalb müssen bereits in den Planungen die sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Sozialpolitik muß sich gerade in Zeiten knapper Mittel bewähren. Die quantitative Veränderung sozialpolitischer Mittel kann soziale Ordnungspolitik nicht ersetzen.